

BAG Hartz IV Sprecher/-innenrat

zur Interessenvertretung der Erwerbslosen und
prekär Beschäftigten in und bei der Partei DIE LINKE



1

2

3 **Positionen der BAG Hartz IV zum Wahlprogramm DIE LINKE 2013**

4 Antrag des BundesprecherInnenrates (BSPR) der BAG Hartz IV DIE LINKE an die
5 Delegiertenversammlung der BAG Hartz IV

6 - beschlossen auf der Bundesdelegiertenversammlung am 14.04.2013

7

8 **Vorbemerkungen**

9

10 1. Wir beschränken uns in den Positionen auf ausgewählte soziale Forderungen der
11 LINKEN. Wir wissen darum, dass diese durch arbeits-, bildungs-, geschlechter-,
12 wirtschafts-, umwelt-, steuer-, finanz-, mietrechtspolitische, verfassungsrechtliche
13 usw. usf. Veränderungen ergänzt bzw. untermauert werden müssen.

14 2. Wir fordern, dass die grundlegenden Positionen aus dem Programm der Partei
15 DIE LINKE zur Kindergrundsicherung für **alle** Kinder und Jugendlichen,
16 zur Abschaffung der Sperrzeiten beim SGB III, zur Abschaffung aller Sanktionen und
17 Leistungseinschränkungen im SGB II und SGB XII, zum Mindestlohn, zum weiten
18 Arbeitsbegriff „usw. usf.“ auch grundlegende Positionen des Wahlprogramms 2013
19 sind.

20 3. Die folgenden Positionen orientieren sich weitgehend an bestehende und an
21 parteiprogrammatische Aussagen angepasste Positionierungen der BAG Hartz IV
22 ([Gründungserklärung](#), [Positionspapier soziale Sicherung](#), [Höhe der Existenz- und](#)
23 [Teilhabesicherung](#)) in der Vergangenheit. Darüber hinausgehende Forderungen sind
24 angesichts der aktuellen politischen Situation entwickelt worden.

25 4. Die Delegiertenversammlung der BAG Hartz IV beauftragt den BSPR gemäß der
26 hier entwickelten Positionen Anträge bzw. Änderungsanträge zum Wahlprogramm
27 DIE LINKE selbst bzw. mit anderen einzureichen.

28 5. Die Delegiertenversammlung der BAG Hartz IV beauftragt die Delegierten der
29 BAG zum Parteitag aktiv die Positionen und Anträge der BAG Hartz IV bzw.

30 gemeinsam mit anderen gestellten Anträge auf dem Parteitag zum Wahlprogramm
31 zu unterstützen.

32 **Die Positionen der BAG Hartz IV zum Wahlprogramm DIE LINKE 2013**

33

34 Transferleistungen

35

36 - *Einführung einer individuellen sanktionsfreien Mindestsicherung oberhalb der*
37 *Armutsrisikogrenze zur Zeit mindestens in Höhe von 1.050 Euro netto monatlich (Vgl.*
38 *[Beschluss Parteitag Göttingen](#), [Beschluss des Landesverbandes Sachsen in den](#)*
39 *[Sozialpolitischen Leitlinien](#), wie auch in Bremen), ohne Vermögensprüfung. Bezüglich*
40 *der Abschaffung der Vermögensprüfung: Wir können nicht akzeptieren, dass*
41 *mühsam vom geringen Einkommen abgespartes Vermögen auch noch durch*
42 *Bedürftigkeitsprüfungen enteignet wird. Das ist aus unserer Sicht nicht sozial.*
43 *Selbstverständlich werden große Vermögen, die gewiss nicht durch*
44 *Einkommensschwache, die die Mindestsicherung bekommen, angehäuft werden*
45 *können, durch eine Vermögenssteuer rückverteilt. Diese Sanktionsfreie*
46 *Mindestsicherung gilt sowohl für erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Erwachsene.*
47 *Selbstverständlich sollen über die Mindestsicherung hinaus Sonderbedarfe gewährt*
48 *werden z. B. für chronisch Kranke, Menschen mit , Wohngeld*(Seite etc.51).*

49

50 - *Einführung einer individuellen Mindestrente von zur Zeit mindestens 1050 Euro*
51 *netto monatlich ([Beschluss Parteitag Göttingen](#), [Beschluss des Landesverbandes](#)*
52 *Sachsen in den [Sozialpolitischen Leitlinien](#), wie auch in Bremen), ohne*
53 *Vermögensprüfung. Auch hier gilt bzgl. der Abschaffung der Vermögensprüfung : Wir*
54 *können nicht akzeptieren, dass mühsam vom geringen Einkommen abgespartes*
55 *Vermögen auch noch durch Bedürftigkeitsprüfungen enteignet wird. Das ist aus*
56 *unserer Sicht nicht sozial. Selbstverständlich werden große Vermögen, die gewiss*
57 *nicht durch Menschen mit geringem Einkommen im Erwerbsalter, die dann die*
58 *Mindestrente bekommen, angehäuft werden können, durch eine Vermögenssteuer*
59 *rückverteilt. Selbstverständlich sollen über die Mindestsicherung hinaus*
60 *Sonderbedarfe gewährt werden z. B. für chronisch Kranke, Menschen mit*
61 *Behinderungen, Wohngeld etc.*

62 Notwendige Bemerkung zur Rente:

63 Wir fordern eine solidarische Rentenversicherung, die alle Frauen und Männer und
64 alle Einkommensarten ohne Begrenzung einbezieht – bei gleichzeitiger Deckelung
65 des Rentenhöchstbetrags, also eine *Bürger/-innenversicherung*. Grundsätzlich sollte
66 beide Versicherungszweige (Kranken-/Pflege, Rente) *mittelfristig* zu einer
67 einheitlichen Bürger/-innenversicherung umgestaltet werden.

68

69 *Bemerkung:* Die Höhe der Mindestsicherung und der Mindestrente sind das derzeit
70 unterste Minimum zur Sicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe. Es ist
71 nicht unterschreiten. Soll ein Lohnabstand eingehalten werden, ist der Mindestlohn
72 entsprechend anzupassen.

73

74 - *Einführung einer Kindergrundsicherung für **alle** Kinder und Jugendlichen*
75 *(Programm Partei DIE LINKE, S. 44) in Höhe von 536 Euro netto monatlich*, siehe die
76 Forderungen des [Bündnisses für eine Kindergrundsicherung](#) von GEW, AWO,
77 Kinderschutzbund u. a. : Dort heißt es: "Ausgehend von verschiedenen
78 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts hat das kindliche Existenzminimum
79 eine hohe Bedeutung, die über seine steuerliche Freistellung hinausgeht. Aktuell
80 beträgt die Höhe des verfassungsrechtlich notwendigen Existenzminimums 536 Euro
81 netto monatlich.

82

83 - *Einführung eines Sabbatical- Regelung*, die sicher stellt, dass mindestens 3 x im
84 *Berufsleben ab dem 25. Lebensjahr ein Sabbatical (Auszeit)* für alle Erwachsenen
85 jeweils für ein Jahr (freie Wahl der Auszeittranchen) möglich ist (siehe Forderungen
86 des [gewerkschaftsnahen Denketzes](#), der [Hans- Böckler- Stiftung/ WSI](#)
87 [Veröffentlichung](#) und Vorschlag von [Katja Kipping](#)). Diese Auszeitmöglichkeit gilt für
88 alle im Menschen – unabhängig davon, ob sie im stressigen Berufsleben, in der
89 stressigen Familienarbeit oder im stressigen Clinch mit dem Jobcenter bzw. später
90 bedürftigkeitsprüfenden Mindestsicherungsamt stehen. Die Höhe der finanziellen
91 Absicherung muss die Existenz und (Mindest-)Teilhabe sichern, also zur Zeit
92 mindestens 1.050 Euro netto monatlich betragen. Maximal soll die Netto-Absicherung
93 das durchschnittliche monatliche Arbeitnehmer-Netto nicht überschreiten (zur Zeit
94 rund 1.800 Euro). Die materielle Absicherung wird ohne jegliche
95 Bedürftigkeitsprüfung gewährt, denn es ja soll die Arbeitszeitverkürzungsbereitschaft

96 der Erwerbstätigen anreizen (vgl. [Michael Sommer, DGB-Chef](#)) bzw. dem Stress mit
97 dem Jobcenter bzw. (künftig Mindestsicherungsamt) vorbeugen. Selbstverständlich
98 sind die Personen im Sabbatical voll kranken-/pflege- und rentenversichert. Das
99 Sabbatical soll außerdem verbunden werden mit Qualifizierungsangeboten und
100 intelligenten Job-Rotation-Modellen, um Erwerbsarbeit Suchenden den Einstieg in
101 das Berufsleben zu ermöglichen. Das Sabbatical ist als eine individuelle Form der
102 Arbeitszeitverkürzung komplementär zu gesetzlichen und kollektiv-tarifpolitischen
103 Regelungen der Arbeitszeitverkürzung gedacht, was den individuellen
104 Arbeitszeitpräferenzen der Menschen entgegenkommt und die selbstbestimmte
105 Abfolge und Kombination von Arbeits- und Lebenszeiten ermöglicht.

106

107 - Im Wahlprogramm soll formuliert werden, dass die Partei DIE LINKE die breite
108 gesellschaftliche Debatte zum *Bedingungslosen Grundeinkommen* (siehe
109 [Gründungserklärung BAG Hartz IV](#)) befördert. Als *Konkretion dieser Forderung* sollen
110 außerdem im Wahlprogramm mindestens folgende zwei Aktivitäten festgehalten
111 werden, eine auf die innerparteiliche Debatte und eine auf die öffentliche Debatte
112 gerichtete Aktivität, die den Wählerinnen und Wählern zeigt, dass die Partei DIE
113 LINKE ihr Parteiprogramm auch bezüglich dieser Frage ernst nimmt:

114 1. Bezüglich der Beschlusslage des Parteivorstandes über eine *Debatte zum*
115 *Grundeinkommen auf einem Parteitag* ([Beschluss-Nr.: 2012 / 18 \(P 2\)](#)) soll diese
116 Debatte auf einem Parteitag *unmittelbar nach Beginn der 18. Legislaturperiode*
117 stattfinden.

118 2. Des Weiteren soll die Partei und die Fraktion DIE LINKE die [Einrichtung einer](#)
119 [Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag](#) *in der 18. Legislaturperiode*
120 anstreben und unterstützen, die zum Schwerpunkt das Thema Bedingungsloses
121 Grundeinkommen hat (vgl. analoge Beschlüsse der Piratenpartei und der Partei
122 Bündnis 90/Die Grünen). Enquête-Kommissionen sind Beratergremien für den
123 Bundestag. Sie sollen Informationen über die Auswirkung von technischen,
124 ökonomischen, ökologischen oder gesellschaftlichen Entwicklungen sammeln und
125 auswerten, um dem Parlament künftige Regelungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
126 aufzuzeigen und positive oder negative Empfehlungen für politische Entscheidungen
127 zu geben. In den vergangenen Jahren wurde die Arbeit der Enquête-Kommissionen,
128 ihre Zwischen- sowie Schlussberichte, von Medien und Öffentlichkeit mit Interesse

129 verfolgt und konnten die öffentliche Debatte maßgeblich bereichern. Aber auch in der
130 Wissenschaft finden die Berichte von Enquête-Kommissionen Beachtung. Mit den
131 darin zusammengetragenen Informationen und Analysen stimulieren sie sogar nicht
132 selten neue Forschungen.

133

134 - *Umgestaltung des Wohngeld: Dieses ist ebenso wie die Mindestrente, die*
135 *Mindestsicherung, das Bildungsgeld individuell zu berechnen und auszuzahlen, und*
136 *zwar auf der Basis des individuellen Anteils an der Bruttowarmmiete und des*
137 *individuellen Einkommens, unabhängig vom Alter des Wohngebäudes. Die*
138 *bestehenden regionalen Modifizierungen der Wohngeldtabellen sind zu überprüfen*
139 *und der gestiegenen Mieten anzupassen. Selbstverständlich gelten die*
140 *Parteibeschlüsse zur Verhinderung von Mietpreissteigerung, zum Wohnungsbau*
141 *usw.*

142

143 - *Asylbewerber/-innen haben die gleichen Zugänge zu den genannten sozialen*
144 *Sicherungsleistungen.*

145 Wir sind für die Erhaltung und dem Ausbau der Beratungs- und Prozesskostenhilfe.

146

147

148 Erwerbsarbeit

149

150 - *Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 12,50 Euro brutto die*
151 *Stunde; das entspricht der Beschlusslage der Partei DIE LINKE (Programm Partei*
152 *DIE LINKE, S. 36): 60 % des nationalen Durchschnittslohns, Angaben/Berechnungen*
153 *dazu siehe [Hans- Böckler- Stiftung](#), S. 2.*

154

155 - *Durchsetzung des gleichen Lohns für gleiche Arbeit für Frau und Mann, in Ost und*
156 *West.*

157

158 - *Leiharbeit und Werkverträge gehören verboten ([Programm DIE LINKE, S. 36](#))*

159

160 Wir fordern die Einrichtung und Finanzierung von kostenfreien und unabhängigen
161 Beratungsstellen für alle Bedürftigen.

162

163 Bildung und Soziales

164

165 - *Einführung eines Bildungsgeld (BAföG modern): "Alle Erwachsenen in Ausbildung*
166 *sollen bei individuellem Bedarf eine bedarfsdeckende und elternunabhängige*
167 *Förderung erhalten. Diese soll ohne Rückzahlungsverpflichtung und perspektivisch*
168 *auch über eine Erstausbildung hinaus gewährt werden." ([Programm Partei DIE](#)*
169 *[LINKE, S. 59](#)) Dieses individuelle Bildungsgeld ist ebenfalls in einer Höhe zu sichern,*
170 *die die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichert, muss also zur Zeit*
171 *mindestens in Höhe von 1.050 Euro netto monatlich betragen. Auch hier entfällt die*
172 *Vermögensprüfung. Höhere Vermögen sind durch eine Vermögensteuer zur*
173 *Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Wer das Bildungsgeld bezieht*
174 *kann keine Kindergrund- oder Mindestsicherung oder Mindestrente beziehen.*
175 *Selbstverständlich sollen über das Bildungsgeld hinaus Sonderbedarfe gewährt*
176 *werden z. B. für chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen, Wohngeld etc.*

177

178 - *Förderung einer entgeltfreien und hochwertigen Verpflegung für alle Kinder und*
179 *Jugendlichen in Kindertagesstätten und Schulen durch den Bund, siehe [Antrag der](#)*
180 *[Fraktion DIE LINKE](#) "Für alle Kinder und Jugendlichen eine hochwertige und*
181 *unentgeltliche Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten gewährleisten"*

182

183

184 Daseinsvorsorge

185

186 - *Förderung eines entgeltfreien, Barrierefreiem ÖPNVs durch den Bund, wie ihn z. B.*
187 *die [LINKE NRW](#) diskutiert, fordert und an Beispielen berechnet: "Um tatsächlich die*
188 *auch umweltpolitisch dringend notwendige grundsätzliche Kehrtwende in der*
189 *Verkehrspolitik zu schaffen, bleibt der kostenlose Nahverkehr für alle eine*
190 *unverzichtbare Forderung", oder wie ihn der Landesverband Sachsen beschlossen*
191 *hat (Sozialpolitische Leitlinien: DIE LINKE "prüft Modelle und Studien zur Einrichtung*
192 *eines fahrscheinlosen Personennahverkehrs in Kommunen und unterstützt Vorhaben*
193 *in dieser Richtung."), oder wie es von der LINKEN in [Wolfenbüttel](#) vorgeschlagen*

194 wurde. Das politische Ziel des entgeltfreien ÖPNV müssen wir der [SPD und den](#)
195 [Grünen](#) nicht überlassen.

196 Für Schwerbehinderte oder kranke die den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen
197 können, soll zur gleichgestellten teilhabe am öffentlichen Leben ein kostenfreies
198 individuelles Kilometerkontingent für Behindertenfahrten zur Verfügung stehen.

199

200 - *Durchsetzung eines sozial-ökologischen Sockeltarifs für Strom* bestehend aus
201 einem *entgeltfreien Stromgrundkontingent* pro Haushalt plus einem Freikontingent je
202 Haushaltsmitglied (Gratis-Haushaltssockel von 300 Kilowattstunden (kWh) Strom zu
203 züglich entgeltfreier 200 kWh pro Person im Jahr (siehe [Beschluss Fraktion DIE](#)
204 [LINKE](#)). Die Preisermäßigung bei einem überhohen durchschnittlichen Verbrauch
205 wird abgeschafft.

206

207 - *Durchsetzung eines entgeltfreien Internetzugangs für alle Bürgerinnen und Bürger,*
208 wie dies viele Fraktionen der LINKEN fordern. Welche sicheren Formen den
209 unentgeltlichen Zugang für alle ermöglichen, mögen die Internetexperten/-innen
210 entscheiden.

211

212 *Bemerkung:* Für die BAG Hartz IV gehört eine ökologische Mobilität, die
213 grundlegende Stromversorgung und der gesicherte Internetzugang zur
214 Daseinsvorsorge, die allen Bürger/-innen entgeltfrei und damit auch
215 diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stehen hat.